

## Jahresbericht 2007

### **„Braunschweig – lebenswert auch im Alter“**

Mit seinem Beschluss vom 18. Juli 2006 nahm der Rat der Stadt Braunschweig die Ergebnisse der Arbeitsgruppen der Altenhilfeplanung, die auf der Grundlage des Leitbildes entwickelt wurden, und die entsprechenden Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragte die Verwaltung mit der schrittweisen Umsetzung des daraus abgeleiteten Handlungskonzepts.

Bestandteil des Beschlusses ist die Verpflichtung, jährliche Berichte über die Entwicklung der Altenbevölkerung und der Altenhilfe zu erstellen und über den Stand der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu informieren.

1. Im Zentrum des Handlungskonzepts stehen die Anforderung, die Altenhilfestrukturen und Angebote entsprechend dem demografischen Wandel weiter zu entwickeln und das Bemühen, den älter werdenden Menschen den Verbleib in ihrer Häuslichkeit und in ihrer Nachbarschaft zu ermöglichen. Damit wird verstärkt der Blick auf die Stadtteile gelenkt.

Demografischer Wandel und Entwicklung der Stadtquartiere stehen in einem engen Zusammenhang. In dem Forschungsbericht „Stadtquartiere für Jung und Alt“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung vom September 2007 führt der Stadtsoziologe Walter Siebel dazu aus: *„Das wichtigste dieser Netze, das der Familie, wird aufgrund des demografischen Wandels schwächer. Das Einzelkind zweier Einzelkinder hat nach dem Tod seiner Eltern keinerlei direkte Verwandte: keine Geschwister, keine Cousinen, keine Onkel und Tanten, keine Nichten und keine Enkel. Ähnliches gilt für den lebenslangen Single oder die kinderlose Witwe: Für sie alle steht das im Alter wichtigste Netz, das der Verwandtschaft, allenfalls sehr eingeschränkt zur Verfügung, und dieser Mangel ist durch Markt und Staat nicht auszugleichen. Es bleibt nur der schwächere Ersatz der Freundschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen, um die man sich frühzeitig und langfristig bemüht haben muss, um im Alter auf sie bauen zu können. Umso wichtiger wird es, dass diesen Menschen Anknüpfungspunkte geboten und Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme in ihrem Quartier eröffnet werden.“*

Dazu müssen die Stadtteile entsprechend ausgestattet sein. Eine Analyse der Braunschweiger Stadtteile unter diesem Gesichtspunkt ist Teil des Handlungskonzeptes. Gefordert wird hier, dass langfristig in allen Stadtteilen eine Anlauf- und Beratungsstelle zur Verfügung stehen soll. Auf den Stadtteil bezogene Konzepte für Begegnungsstätten oder Aktivitätszentren sollen entwickelt werden, die vor allem auf der Bündelung vorhandener Ressourcen beruhen und breite Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement eröffnen.

Dem entsprechend hat die Verwaltung eine Analyse erstellt, aus der hervorgeht, welche Teile von Grundversorgung und sozialer Infrastruktur in den Stadtteilen vorhanden sind. Mit der Analyse ist eine abgesicherte Aussage darüber möglich, wie weit einzelne Stadtteile den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechend ausgestattet sind. Für jeden der 30 Planungsbereiche wurden die seniorenrelevanten Aspekte ermittelt und zusammengetragen, das Ergebnis wurde den jeweiligen Stadtbezirksräten vorgestellt und ggf. ergänzt. Die aktualisierte Fassung wurde dem Sozialausschuss vorgelegt und wird als Basis für die weiteren Planungen in das Internet eingestellt.

Als erste Vertiefung der Stadtteilanalyse wurde untersucht, welche Begegnungsmöglichkeiten und Anlaufstellen in den einzelnen Stadtteilen vorhanden sind. Grundlage der Planung ist es, an vorhandenen Strukturen anzusetzen und diese weiterzuentwickeln. Diese sind in den einzelnen Stadtteilen unterschiedlich ausgeprägt. Stadtteile mit einem derzeit hohen Anteil älterer Menschen verfügen zumeist über eine ausreichende oder ausbaufähige Infrastruktur. Perspektivisch muss das Augenmerk auch auf die Stadtteile gelenkt werden, in denen die Zahl und der Anteil älterer Menschen in den nächsten Jahren wachsen wird. Die Ergebnisse der Vertiefung sind dem Sozialausschuss mitgeteilt worden.

2. Derzeit wird in der Verwaltung diskutiert, in welche Richtung bestehende Strukturen weiterentwickelt werden sollen und welche Standards bei Neueinrichtungen von Begegnungsstätten und Aktivitätszentren zu Grunde gelegt werden sollen. Ein neues Konzept der Begegnungsstätten wird erarbeitet und zu gegebener Zeit dem Sozialausschuss vorgestellt werden.
3. Das Handlungskonzept verpflichtet die Stadt Braunschweig, das Bemühen zu verstärken, über Informationen und Aufklärung Verständnis zwischen den Generationen und Ethnien zu fördern. Hierzu sollen die von den Arbeitsgruppen vorgeschlagenen Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden.

Im Rahmen der Altenhilfeplanung wurde von allen Arbeitsgruppen die negative Wahrnehmung alter Menschen als ein Problem angesehen. Mit der Veranstaltung „Älter werden in der Großstadt“ mit dem Wiener Soziologen Prof. Dr. Anton Amann („Die großen Alterslügen“) am 25. April 2007 wurde ein erster Schritt getan auf dem Weg, das Altersbild zu verändern. Altersbilder sind nicht nur ein Abbild der Wirklichkeit, sondern selbst Wirklichkeit. Es entstehen Konstruktionen, die Handeln und Verteilungskämpfe bestimmen. Mit einem Bild von der Altenlast, die bisher eine gutes halbes Jahrhundert transportiert wurde, werden Möglichkeiten und Chancen ausgeblendet. Mit der Veranstaltung wurde ein Impuls zur veränderten Wahrnehmung alter Menschen in der Stadt gegeben und ein Beitrag zum Wandel negativer Altersbilder geleistet. 45 Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Einrichtungen aus Wirtschaft, Wohlfahrt und Politik nahmen teil und tauschten Eindrücke und Erfahrungen aus. Der Vortrag und der Bericht über die Veranstaltung wurden im Internetauftritt des Seniorenbüros veröffentlicht. Im Juli 2007 wurde erstmals eine Woche der Senioren unter den thematischen Schwerpunkten der Altenhilfeplanung konzipiert und umgesetzt. Um Bürgerinnen und Bürgern die Themen näher zu bringen, wurde der stadtteilorientierte Ansatz bevorzugt. Jeder Wochentag hatte einen anderen Themenschwerpunkt, der in fünf Begegnungsstätten in den Stadtteilen präsentiert wurde. Den Schlusspunkt der Woche setzte ein Fest, dessen kultureller Teil besonders von Gruppen mit Migrationshintergrund gestaltet wurde.

Für 2008 sollen die Erfahrungen aus dieser Veranstaltungswoche aufgenommen werden. Eine Woche der Senioren zum Thema Prävention – „Wer rastet, der rostet“ befindet sich in Vorbereitung.

4. Eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der pflegerischen und vorpflegerischen Angebotsstruktur kann nur gemeinsam mit den Nutzern, Anbietern und Kostenträgern betrieben werden. Die kommunale Rolle ist hier eher eine koordinierende und planende. Das zentrale Instrument auf örtlicher Ebene ist die Pflegekonferenz. Diese soll entsprechend dem Handlungskonzept gestärkt werden. Dementsprechend hat die Verwaltung Vorschläge für eine Neustrukturierung der Pflegekonferenz entwickelt und zur Diskussion gestellt.

Nach Auswertung der Rückmeldungen der Mitglieder der Pflegekonferenz ist den meisten Vorschlägen zur geänderten Struktur der Pflegekonferenz gefolgt worden. Die Aufgaben der Pflegekonferenz wurden mit den Mitgliedern gemeinsam abgestimmt und sollen verbindlich vereinbart werden.

Die beiden Gremien Vollversammlung und Pflegekonferenz sollen beibehalten werden, wobei die Pflegekonferenz im Teilnehmerkreis verkleinert wurde, um eine bessere Arbeitsfähigkeit zu erreichen. Die Aufgabe des Gremiums liegt nun auch stärker in der Lenkungsarbeit und wird durch einen weiteren Mitarbeiter des Fachbereiches Soziales und Gesundheit begleitet. Die Geschäftsführung obliegt weiter dem Seniorenbüro. Die Vollversammlung wird nicht mehr jährlich, sondern nach Bedarf einberufen. Die Ergebnisse der Konferenzsitzungen werden schriftlich erfasst und stehen allen Mitgliedern der Vollversammlung zur Verfügung.

Einem besonderen Aspekt der pflegerischen Versorgung ist in gemeinsamer Aktion mit dem Gleichstellungsreferat, dem Verein ambet und der Sozialveraltung mit der Veranstaltung „Was bleibt, ist die Erinnerung“ Rechnung getragen worden. Viele ältere Frauen und Männer haben in ihrem Leben Traumatisierungen durch Gewalt erfahren müssen. Sie sind jetzt in der Situation, Pflege zu benötigen. Ihren Erlebnissen und den Auswirkungen posttraumatischer Belastungsstörungen und daraus entstehenden Folgen müssen Pflegekräfte professionell begegnen lernen. Auf diese problematische Situation wurde intensiv in der Veranstaltung eingegangen und erste Anregungen zu neuem Umgang in der Pflegesituation gegeben. Zu den Altenpflegeschulen soll Kontakt aufgenommen werden, um das Thema weiter zu transportieren.

In Umsetzung des Grundsatzes ambulant vor stationär, der sich auch größtenteils mit den Wünschen der älteren Bevölkerung deckt, möglichst lange in der eigenen Häuslichkeit zu verbleiben, wird das Angebot der Wohnraumberatung zunächst projektbezogen erprobt und gefördert. Ein Konzept für eine Musterwohnung, die in Braunschweig entstehen soll, befindet sich in Arbeit.

Weiterhin wurde das Modellprojekt betreutes Wohnen für Menschen mit randständiger Lebensführung auf den Weg gebracht. Da klassische Altenhilfestrukturen für diesen Personenkreis nicht greifen, wurde vom Träger der geplanten Maßnahme, der Stiftung Wohnen und Beraten ein Konzept entwickelt und abgestimmt. Die Wiederaufbau eG hat eine Liegenschaft in Aussicht gestellt. Entsprechende Anträge auf Modellförderung wurden von der beteiligten Wohnbaugesellschaft und vom Träger beim Land gestellt und positiv bewertet.

5. Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden, Migrationsdiensten und Vereinen werden die Anregungen zur Weiterentwicklung der Altenhilfestrukturen für die Nutzung durch die älter werdenden Menschen mit Migrationshintergrund weiter verfolgt. Insbesondere in der älteren Generation der Zugewanderten sind ausreichende Deutschkenntnisse nicht immer vorhanden. In einem ersten Schritt ist deshalb der Seniorenwegweiser in türkischer Sprache entsprechend aufbereitet worden. Für das Frühjahr 2008 arbeitet die Verwaltung an einem Wegweiser in Türkisch zum Rentenrecht.

Migrationsspezifische Aspekte sollen im Jahr 2008 auch in der Woche der Senioren zum Thema Prävention – „Wer rastet, der rostet“ besondere Berücksichtigung finden.

## **Fazit:**

Der erste kurze Bericht über die Umsetzung der Ergebnisse der Altenhilfeplanung erstreckt sich hauptsächlich auf das kommunale Handeln. Erst im Rahmen weiterer Erhebungen zu einem späteren Zeitpunkt kann aufgezeigt werden, wie weit die Anregungen der Planung auch außerhalb der Verwaltung aufgegriffen wurden.

Eine Fortschreibung der demografischen Entwicklung ist erst mittel- bis langfristig aufschlussreich. Änderungen der in der Bestandaufnahme aufgezeigten Tendenzen ließen sich erst nach Ablauf mehrerer Jahre aufzeigen.

Die besondere Bedeutung kommunaler Altenhilfeplanung liegt in der Schaffung und Weiterentwicklung von Strukturen, nicht im Ausbau eigener Angebote. Auch die Weiterentwicklung von Altenhilfestrukturen kann nur in einem partnerschaftlichen Prozess mit den Angebotsträgern, vor allem der Freien Wohlfahrtspflege, geschehen. Wege und Schritte sind hier im Diskurs gemeinsam zu entwickeln. Im Zentrum der pflegerischen Versorgung steht hier die Neustrukturierung der Pflegekonferenz, zu der die Verwaltung den Anstoß gegeben hat, die aber von allen Beteiligten mitgestaltet und mitgetragen werden muss.

Ein entsprechendes zentrales Gremium fehlt für die Ansätze der seniorengerechten Gestaltung der Stadtteile. In den Stadtteilen mit hohem Bestand an Wohnungen der Wohnungsgesellschaften bieten sich diese als Partner für Planungen und Umsetzungen an. Auf der Stadtteilebene zeigt sich die enge Verzahnung der verschiedenen Themen. Wenn nachbarschaftliche Begegnung über die Generationen und Ethnien hinaus geschehen soll, müssen Orte der Begegnung so gestaltet sein, dass sie unterschiedlichen Gruppen und Bedürfnissen Rechnung tragen und den Menschen im Stadtteil die Möglichkeiten umfassender eigener Aktivitäten bieten. Für die Altenhilfe heißt das auch, sich im Sinne der Stadtteilanalysen verstärkt den Lebensbedingungen in den Quartieren zu widmen und dort Partner für weitere Planungen und Maßnahmen zu finden.

Für die Zukunft wird zu prüfen sein, ob und wie sich Überlegungen aus dem „Pflegeteuerentwicklungsgesetz“, dezentrale Pflegestützpunkte einzurichten, mit den Überlegungen zu den Anlaufstellen in den Stadtteilen verbinden lassen.

Es ist geplant, die Teilnehmenden der Arbeitsgruppen der Altenhilfeplanung in einer Veranstaltung über den Stand der Umsetzung der Planungen zu informieren. Hier soll auch über weitere Formen der Zusammenarbeit diskutiert werden.